

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dietrich Austermann, Steffen Kampeter,
Bernhard Kaster, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/3311 –**

Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung in Zeiten knapper Kassen

A. Problem

Nach Berechnungen der Antrag stellenden Fraktion wird die Bundesregierung im Jahr 2004 über 200 Mio. Euro für öffentlichkeitswirksame Maßnahmen ausgeben. Die überproportionalen Steigerungen der Ausgaben im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit im Bundeshaushalt, die nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes einzuhaltende Abgrenzung zwischen Öffentlichkeitsarbeit und Wahlwerbung sowie die sich durch die Rekordausgaben für Öffentlichkeitsarbeit verschärfende Chancenungleichheit zwischen Regierung und Opposition geben aus Sicht der Fraktion der CDU/CSU Anlass, die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung zu korrigieren.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/
CSU und FDP**

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/3311.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/3311 – abzulehnen.

Berlin, den 30. Juni 2004

Der Haushaltsausschuss

Manfred Carstens (Emstek)
Vorsitzender

Walter Schöler
Berichterstatter

Bernhard Kaster
Berichterstatter

Anja Hajduk
Berichterstatterin

Otto Fricke
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Walter Schöler, Bernhard Kaster, Anja Hajduk und Otto Fricke

I. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 114. Sitzung am 17. Juni 2004 den Antrag auf Drucksache 15/3311 – Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung in Zeiten knapper Kassen – zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Trotz der dramatischen Situation des Bundeshaushaltes mit einer sich abzeichnenden Rekordneuverschuldung in diesem Jahr hat die Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln für Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung 2004 nach Berechnungen der Fraktion der CDU/CSU eine in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bisher einmalige Dimension erreicht.

Die Fraktion der CDU/CSU hat daher in ihrem Antrag einen Maßnahmenkatalog formuliert, um die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung zu begrenzen, zu versachlichen und transparenter darzustellen. Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung auffordern, die im Antrag der Fraktion der CDU/CSU aufgeführten neun Forderungen umzusetzen.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/3311 in seiner 53. Sitzung

am 30. Juni 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 30. Juni 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 30. Juni 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/3311 – in seiner 52. Sitzung am 30. Juni 2004 abschließend beraten. Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/3311 – abzulehnen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gefasst.

Berlin, den 30. Juni 2004

Walter Schöler
Berichtersteller

Bernhard Kaster
Berichtersteller

Anja Hajduk
Berichterstatlerin

Otto Fricke
Berichtersteller

